

Haushalt 2007

Meine Damen und Herren,

„wer zu spät kommt, den bestraft das Leben.“ Ein Satz von weltpolitischer Bedeutung. Kurz darauf erscholl der Ruf: „Wir sind das Volk“, der das endgültige Ende einer miefigen, spießbürgerlichen und wirklichkeitsfremden DDR-Regierung einleitete, die vom Sozialismus soweit entfernt war wie der Mond von der Erde.

In Eitorf haben wir nunmehr, für den der genau hinsieht, das déjà-vu Erlebnis. Bei der Kommunalwahl gab es die Hoffnung, dass der Wähler die Macht hat etwas zu ändern. Alte Filzokratien zu zerschlagen, neue Wege zu gehen, der Politik eine andere Richtung zu geben. „Wir sind das Volk“, sollte auch in Eitorf zum Ausdruck gebracht werden. Diese Hoffnung wurde jedoch enttäuscht. Stattdessen erleben wir so etwas wie die „Dunkle Seite der Macht“.

Getreu der Devise, was interessiert mich mein Geschwätz von gestern, trat der Bürgermeister der großen Koalition bei –schließlich braucht man für Vorstellungen die man hat (oder auch nicht)- Mehrheiten und dann ging die Post ab. Ein völlig neues Eitorf sollte entstehen. Mit Fachmarktzentrum im Gewerbegebiet. Statt Rathaus ein Konsumtempel für Hundefutter und Plastikspielzeug. Und das Krankenhaus gedachte man zu verschenken, sollen doch die Waldbreitbacher daraus ein Altenheim, eine Forensik oder eine Achterbahn machen. Hauptsache wir sind den Klotz am Bein los und die Kellerleichen könnten in der Krypta von Waldbreitbach ohne großes Aufsehen endgültig verschwinden. Um all das zu finanzieren, beim Krankenhaus war es mit Verschenken ja nicht getan da hier ja auch noch finanzielle Altlasten zu beseitigen waren, wollte man die Jugendarbeit gegen Null fahren, die Personelle Ausstattung im Rathaus auf den absolut möglichen Tiefpunkt bringen und weil das alles noch nicht reichte stellte man für die Rats- und Ausschusssitzungen von kleinen auf große Wasserflaschen um. Mal ehrlich, man kann ein Unternehmen auch Kaputtsparen. Wer nicht mehr investiert geht vor die Hunde, da irgendwann die Qualität nicht mehr stimmt. All das hätte hervorragend geklappt, wäre da nicht -plötzlich und unerwartet- der Ruf gewesen: „Wir sind das Volk.“ Und die ach so bösen GRÜNEN stimmten auch noch ein in diesen Chor und trugen den Konflikt von der Straße (eigentlich ja Bürgerzentrum) direkt ins Rathaus hinein. Da war Ende mit Lustig! Denn fatalerweise erwiesen sich die Grünen als verlängerter Arm der Bürger im Rat und halfen die großartigen Pläne, die in Hinterzimmern gemeinsam mit internationalen Kapitalvernichtern und Verdrängungswettbewerbern ausgebrütet wurden, zunichte zu machen.

Da zeigt sich aber auch, große Koalitionen sind so etwas wie die Ahnung des Dinosauriers vom Untergang. Dinodämmerung. Faule Kompromisse, Ausweichen, Unterdrücken von Informationen und Verlagerung der Diskussion in Hinterzimmer, in diesem Fall ins Interconti, sind eindeutige Zeichen politischen Dekadenz. Obwohl mit deutlicher Mehrheit ausgestattet, scheut man die offene Auseinandersetzung. Bekommt Angst vor der eigenen Bevölkerung. Und es wird der untaugliche Versuch unternommen Dinge zu verbergen, die nicht mehr zu verbergen sind.

Beispiel: Offene Jugendarbeit. O.-Ton CDU Eitorf: Unsere Vereine leisten eine hervorragende Jugendarbeit. Hintergedanke, da kann man sparen und sich bei den Vereinen beliebt machen, wenn die mehr Geld kriegen. Unbestritten, die Vereine leisten hervorragende Jugendarbeit; das ist so! Trotzdem geht es an der Sache vorbei. Die Vereine erreichen nur einen gewissen Teil der Jugendlichen. Der Rest, und gerade die Problemfälle, bleiben außen vor. Wir wollen die Welt nicht schön reden. Wir sind keine Sozialromantiker. Es gibt in jeder Gesellschaft eine gewisse, allerdings geringe Anzahl von Kriminellen und Asozialen. Vor diesen muss sich die Gesellschaft schützen. Da gibt es nichts zu diskutieren. Wenn allerdings die Kluft zwischen Arm und Reich zu groß wird, zwischen denen die Arbeit

haben und denen die arbeiten wollen, aber keine Arbeit bekommen, dann haben wir ein Problem. Verwahrlosende Familien, zunehmender Rauschgiftkonsum, sich ausbreitender Alkoholismus Anstieg der Gewaltbereitschaft sind ein Problem der Gesellschaft und damit der Politik. Wer nichts hat und keinerlei Chance etwas legal zu bekommen, Stichwort: no future, wird es sich früher oder später holen. Mit Gewalt. Und da entwickelt sich eine Zeitbombe, die wir unter keinen Umständen unterschätzen dürfen. Genau da aber setzt die offene Jugendarbeit an. Und was war die Antwort von Bürgermeister, CDU, SPD und FDP? Nichtbesetzung der zweiten Stelle in der offenen Jugendarbeit. Schließlich brauchte man Geld für die Stelle des Beigeordneten, damit die Juristerei in der Verwaltung stimmt. Mit dem Erfolg, jetzt haben wir einen Juristen und schon müssen 10.000 Euro mehr an Gerichtskosten im Haushalt veranschlagt werden. Dass wäre ja alles nicht so schlimm, wenn die Mehrheit auch die Verantwortung für ihre Entscheidungen übernehmen würde. Statt dessen gab es Halb- und Unwahrheiten, Fehlinterpretationen und die Wahrheit ging wieder einmal in einer großen Staubwolke, die bewusst aufgewirbelt wurde, unter. Natürlich war, und das ist eindeutig und beweisbar, der Rat jederzeit Herr des Verfahrens. Beide Stellen, die des Beigeordneten und die Stelle in der Jugendarbeit hätten besetzt werden können, wenn der politische Wille vorhanden gewesen wäre. Aber auch hier wurde erst gehandelt, nachdem die Negativ Schlagzeilen sich zum Skandal auswuchsen. Mit der Aufforderung an die Presse, doch auch einmal positiv über Eitorf zu berichten, wurde dann endgültig die Schallmauer durchbrochen.

Einweihung eines Zigarettenautomaten am Bahnhof durch den Bürgermeister oder der Verzehr leckerer Erbsensuppe beim Dorffest? Vorgänge die allenfalls dazu dienen bestimmte Namen zu transportieren aber keineswegs die Entwicklung der Gemeinde vorantreiben.

Hier hatte man wieder einmal etwas übersehen. Sollte hier die Presse, auch ein Instrument der Demokratie, zur Hofberichterstattung missbraucht werden? So produziert man bei seriösen Tageszeitungen garantiert keine positiven Schlagzeilen!

Als Dank für seine Unterstützung beim versuchten Kahlschlag im Jugendbereich wurde dem Bürgermeister durch die große Koalition die Kreativabteilung, Bauen Planung und Gemeindeentwicklung aberkannt. Herr Storch wir haben dagegen gestimmt weil wir bezweifeln, dass sie im Sozialbereich gut aufgehoben sind. Schließlich erklärten sie –coram publico-, also in einer öffentlichen Veranstaltung, Kinder müssten besonders geschützt werden, da es sich um die zukünftigen Rentenzahler handele. Hintergrund für den neuen Zuschnitt der Dezernate kann natürlich auch sein, dass die CDU nunmehr Angst vor der weiteren Ausweisung von Baugebieten bekommt, da dort bekanntlich Leute zuziehen, die nicht bedingungslos CDU wählen, wie ja Andreas Krautscheid festgestellt hat.

Immer mehr Aufgaben der Gemeinde werden ausgelagert. Es bilden sich nicht mehr zu kontrollierende Gesellschafterversammlungen, Beiräte (wenn sie denn existieren), bereits an die USA verscheuerte Eigenbetriebe. Die Folge ist ein Geflecht von Abhängigkeiten, so genannten Sachzwängen, und das verbunden mit einem unglaublichen Demokratieabbau der dazu führt, dass der Gemeinderat nicht mehr Herr im eigenen Hause ist. Das sind Erscheinungen, die dem Historiker wohl vertraut sind. Verselbstständigung der Verwaltung, Abbau der Kontrolle durch demokratische Gremien, ausufernde Gesetze und Vorschriften die nicht mehr dem Wohle der Menschen dienen sondern zum Selbstzweck verkommen, waren zu allen Zeiten Anzeichen für den Niedergang. Neu ist lediglich die geradezu panische Angst der handelnden Politiker vor dem eigenen Volk.

Da wirft die CDU ihre wertkonservativen Vorstellungen über Bord und meint sich mit aller Gewalt den Zwängen einer neokonservativen/neoliberalen angelsächsisch/amerikanisch geprägten Globalisierung unterwerfen zu müssen. Wirtschaftlicher Erfolg, oder was immer man dafür hält, um jeden Preis!

Oder eine Eitorfer Sozialdemokratie, wo ein Dietmar Tandler befriedigt sein Lebenswerk betrachtet. Er hat es geschafft die Eitorfer SPD zweimal zu spalten. War letztendlich Geburtshelfer für FSD, EWG, BfE und FFB und machte am Ende der letzten Legislaturperiode die Fraktion FDP/GRÜNE zur zweitstärksten Kraft, noch vor der SPD, im

Gemeinderat. Und nunmehr hat er mit Erfolg die Eitorfer SPD ins neoliberale Lager geführt. Arbeitsplatz- und Bestandsgarantie beim Krankenhaus kann man nicht verlangen, war die Aussage der SPD. Schließlich muss man sich den Verhältnissen anpassen. Um jeden Preis!

Es wird die Zeit kommen, und die ist nicht mehr sehr fern, dann werden intakte Sozialsysteme

zum Standortfaktor. Auch für Investoren. Wir wollen keine Schulen die dem Hochsicherheitstrakt einer Justizvollzugsanstalt ähneln und wie sie bereits in Teilen der USA Wirklichkeit sind. Wir wollen keine jungen Menschen ohne Zukunft und ohne Perspektive, die niemals im Leben auch nur die Spur einer Chance hatten. Wir wollen keine alten Menschen die nur noch als Last empfunden und abgeschoben werden.

Nicht funktionierende Sozialsysteme, fehlend soziale Mischung, keine soziale Absicherung sind teuer. Mehr Polizei, Grenzschutz, Gefängnisse, Heimunterbringung und Sozialhilfe sind die Folge. Das hat man anscheinend noch nicht erkannt. Die Volkswirtschaft zahlt den Preis für klein karierte betriebswirtschaftliche Überlegungen von Amok laufenden Kleingeistern, die den momentanen Profit über die Gestaltung einer zukunftsfähigen Gesellschaft stellen.

Leider ist dieser Trend auch in den Kommunen zu verzeichnen. Immer mehr und höhere Steuern, eingeschränkte Leistungen, Stellenabbau bis unter die Schmerzgrenze. Sollen doch die Ehrenamtler den Betrieb aufrechterhalten. Wenn man dann auch noch hingehht und versucht das Probleme zu lösen indem man den Menschen am unteren Ende der Lohnskala noch etwas wegnimmt, schlimmer noch, sich nicht dafür einsetzt, dass es zu einen gerechten Ausgleich kommt für die Leute die Heiligabend auf dem Schneeflug sitzen oder bei Wind und Wetter Wege freischneiden, dann offenbart sich hier ein Problem.

Ein Problem dem mit schematischen Stellenbewertungen nicht beizukommen ist, weil die Menschen den Eindruck haben, dass die soziale Gerechtigkeit auf der Strecke bleibt.

Wenn dann auch noch das alles vertuscht wird und der Rat von diesen Problemen erst aus der Presse erfährt, kann man nicht mehr verlangen, dass wir dem heute vorliegenden Stellenplan zustimmen.

Herr Storch, eines der Schlagworte ihrer Partei lautet: „Leistung muss sich lohnen.“ Das ist richtig. Die so genannten kommunistischen Systeme des Ostblocks sind daran zugrunde gegangen, dass sich Leistung nicht lohnte. Aber Leistung muss sich für alle lohnen Nicht nur für Manager, Zahnärzte, Bürgermeister oder Amtsleiter. Nein auch für den Arbeiter im Klärwerk oder die Putzfrau im Rathaus!

Natürlich kann man uns jetzt vorhalten, dass lediglich mit Cassandra-Rufen die Situation nicht zu ändern sei. Richtig. Deshalb beginnen wir beim Grundsätzlichen. Ohne Grundsatzdiskussion, der Frage nach dem Warum, sind Veränderungen nicht möglich

Es geht darum etwas zu machen. Individualität behalten, sich abheben. Das ist auch eine Frage des Selbstbewusstseins. Sich den Gegebenheiten anpassen, immer nur nach Vorschriften schießen, vor kleingeistiger Gesetzesauslegung in die Knie gehen, ist kein Zeichen von Stärke. Individualität bleibt auf der Strecke. Von New York bis Peking die gleichen Läden. Jedem Kaff seinen Fressnapf, Lidl, oder Kik. Unter diesen Umständen den Tourismus fördern zu wollen, ist mehr als absurd. Gekrönt wird das Ganze in Eitorf auch noch mit der Hinweissäule am Rathaus Eitorf: „Tourist-Info.“ Es dürfte allgemein bekannt sein, dass in unserer Region Fremdenverkehr und Tourismus vor allem am Wochenende stattfindet. Da stehen dann die armen Leute vor dem geschlossenen Rathaus. Absolut genial. Im Erholungsbereich suchen die Leute das Außergewöhnliche, Individuelle, die können doch gleich zu Hause bleiben wenn wir nichts anderes zu bieten haben als die üblichen Super- und Baumärkte. Außerdem bleibt dabei der Mittelstand auf der Strecke. Jahrtausende alte bewährte Wirtschafts- und Sozialsysteme werden kurzfristigen über Bord geworfen ohne zu hinterfragen, welche Rolle der Mensch in diesem System noch spielen soll. Wir sind dabei unsere Wurzeln zu kappen. Von den Bauern des alten Germaniens über die Handwerker in den Zünften des Mittelalters hat sich unser noch bestehendes System bewährt, war der Mittelstand gewissermaßen Vermittler und Pufferzone zwischen Arm und

Reich. Und auf einmal soll das alles nichts mehr Wert sein? Mehr als 2000 Jahre christlich abendländische Tradition ab in den Mülleimer?

Dagegen gibt es nur ein Mittel. Wenn die Politik versagt, müssen die Bürger sich den Staat zurückholen. Verlangen, dass die politisch Verantwortlichen ihre Entscheidungen vor der Gesellschaft wieder rechtfertigten. Darauf haben die Menschen ein Recht. Denn Demokratie kommt immer von unten! Es kann nicht sein, dass Konzerne, GmbHs oder Aktiengesellschaften in einer Kommune mehr Rechte haben als die Volksvertretung. Wenn die Bürgerbräter, Kiks und Fressnäpfe das Recht haben auf dem Klagewege ihre Blechhütten gegen den Willen der Bevölkerung durchzusetzen und damit die ortsansässigen mittelständischen Unternehmen zerschlagen, dann stimmt etwas nicht mit unserer Demokratie, unserem Rechtssystem. Wenn Recht nicht mehr dazu dient Gerechtigkeit herzustellen sondern bestimmte Interessen durchzusetzen, gewissermaßen zum Juristen Monopoly verkommt, dann müssten eigentlich sämtliche Alarmglocken schrillen. Denn dann stimmt etwas nicht am System, am Staat.

Wer achselzuckend dann auch noch auf die „Rechtslage“ verweist, der zeigt damit, dass er den Sinn der Demokratie entweder nicht verstanden hat, oder aber, was viel schlimmer wäre, nicht verstehen will. Denn dann dokumentiert er damit, dass er den Marsch in die zwei Klassengesellschaft billigend in Kauf nimmt oder schlimmer noch, sogar davon profitiert. Der Staat muss sich wieder seiner Kontrollfunktion bewusst werden. Demokratie findet nicht auf dem freien Markt statt. Dort herrscht knallharter Wettbewerb. Die Schwachen bleiben auf der Strecke. Ohne Miteinander, und Fürsorge für die Schwachen, aber geht jedes Gemeinwesen zugrunde. Es wird menschenverachtend. Freie Marktwirtschaft ist eine Komponente; die Verhinderung von Missbrauch der Freiheit die Andere. Und genau dort ist der Staat gefragt. Staat aber heißt nicht nur Berlin oder Düsseldorf. Die Kommunen, und damit auch Eitorf, sind das Fundament unseres Staates. Hier gilt es anzusetzen, wenn man Veränderung will. Dann jedoch darf man nicht nach oben buckeln und nach unten treten. Es gilt den Finger in die Wunde zu legen. Ohne Rücksicht auf Parteibücher und Interessenslage.

Immer nur Probleme verdrängen bringt nichts. Irgendwann holt das Problem einen wieder ein und dann wird man von der Wirklichkeit überrollt.

Wir müssen gegen den main-stream schwimmen. Denn, wie heißt es so schön, „nur tote Fische schwimmen mit dem Strom.“ Demnach dürfte die Eitorfer Kommunalpolitik schon verdammt tot sein.

Beispiel Fachmarktzentrum:

Dass so genannte Fachmarktzentren schädlich für die Ortskerne und den Mittelstand sind, dafür brauchten wir kein Gutachten. Jeder logisch denkende Mensch konnte das nachvollziehen. Bestätigt wurde das dann auch durch das Gutachten sowie die Ministeraussagen, die inzwischen ja auch in entsprechende Gesetzesvorlagen gegossen werden. Hier aber wird wieder einmal deutlich, wie weit man hinter der tatsächlichen Entwicklung zurück lag. Auf höherer Ebene hatte man das Problem bereits begriffen. In Eitorf aber meinte man immer noch politische Vorstellungen von vorgestern weiter betreiben zu können. Aber man hatte vergessen, da war noch der Ruf: „Wir sind das Volk!“. Und all die schönen Pläne gingen den Bach hinunter.

Das einzige was man erreicht hat war, dass die Grundversorgung der Bevölkerung sich unnötig lange hinausgezögerte. Aber die Katastrophe geht noch weiter. Die Ministerzusage zur Finanzierung eines Strukturgutachtens wurde nicht genutzt. Das Angebot der Eitorfer Geschäftswelt sich finanziell daran zu beteiligen ausgeschlagen. Politisch durfte man den Grünen diesen Erfolg nicht gönnen. Auch wollte man nicht, dass die Eitorfer Geschäftswelt sich finanziell an dem Gutachten beteiligt da man fürchtete, dass die dann auch mitreden wollten. Ein Schlag ins Gesicht von Menschen die bereit waren sich für die Gemeinde einzusetzen! Inzwischen haben CDU und FDP im Land die Förderung städtebaulicher Konzepte gestrichen. Lediglich durch umgesetzte Projekte wird ein Gutachten im Nachhinein teilweise refinanziert. Damit entgehen Eitorf 40.000 Euro. Herzlichen Glückwunsch, auch hier wieder eine großartige Leistung derer, die in Eitorf die politische Verantwortung tragen. Auch hier gilt leider wieder: „Wer zu spät kommt, den bestraft das Leben.“

Wir beantragen dennoch die Beauftragung eines Entwicklungskonzeptes weiter zu betreiben. Eine Beteiligung der Entwicklungs-GmbH ist zu prüfen.

Dieser Haushalt, wie er uns heute vorgelegt wird, ist ein Dokument der Hilflosigkeit. Angeblich wurden die Neufassungen ausschließlich durch die unerwartet hohen Gewerbesteuererinnahmen verursacht. Das ist falsch. Sehen wir uns doch Entwurf 1 einmal genauer an. Da stehen 1.5 Millionen zu Buche als „Abwicklung eines Fehlbetrages“. Für das Krankenhaus. Listig gedacht. So hätte dann mal eben, im Hinterzimmer, die Gesellschafterversammlung Nägel mit Köpfen machen, und weiter Unsummen ohne öffentliches Aufsehen und Diskussion in die Tonne kloppen können. Das reichte sogar dem Parteifreund unseres Bürgermeisters, dem Innenminister, der dann auch konsequenterweise die Notbremse zog, nachdem Kommunalaufsicht und Regierungspräsident die Sache zu heiß geworden war.

Jetzt stehen wir da mit dem Damoklesschwert von 1,5 Millionen über dem Kopf, die in diesem Haushalt überhaupt nicht berücksichtigt sind. Ein Schattenhaushalt, ein im Rathaus umgehendes Phantom. Die klassische Kellerleiche. Und einem solchen Haushalt, der ja Handlungsrahmen für die Gemeindefinanzen sein müsste, sollen wir zustimmen? Einer Verwaltung Handlungsfreiheit verschaffen die nicht bereit ist den Rat ausreichend zu informieren? Hier hat sich ein Staat im Staate gebildet. Losgelöst vom übrigen Rat trifft beispielsweise eine Gesellschafterversammlung Entscheidungen und wenn es nicht mehr weiter geht hat die Gemeinde, also der Steuerzahler, zu zahlen. Und das, ohne dass die Verantwortlichen darüber Rechenschaft abzulegen haben. Dann verschanzt man sich hinter dem GmbH Gesetz. Gesellschafter ist immer noch die Gemeinde Eitorf und damit der Rat. Herr Bürgermeister nehmen sie das bitte zur Kenntnis. In der freien Wirtschaft, auf die Sie Herr Storch sich so gerne berufen, hätte man ein Management das seit neun Jahren nur von Zuschüssen, Grundstückverkäufen, Krediten, Bürgschaften und überzogenen Konten lebt, und das in Millionenhöhe, wo sogar völlig neue Begriffe wie „bürgschaftsähnliches Kreditgeschäft“ erfunden werden müssen, um gewisse Vorgänge zu erklären, schon längst zum Teufel gejagt. Nur in Eitorf ist wieder einmal alles anders. Man zahlt und schweigt. So geht das doch einfach nicht mehr weiter.

Deshalb beantragen wir die Untersuchung des Finanzgebarens der St. Franziskus GmbH durch ein unabhängiges Wirtschaftsprüfungs-Unternehmen, um so für die Zukunft Planungssicherheit sowohl für die Gemeinde, als auch für das Krankenhaus zu bekommen. Ohne diese Planungssicherheit besteht die Gefahr das Krankenhaus endgültig gegen die Wand zu fahren und 250 Arbeitsplätze aufs Spiel zu setzen. Hier darf nicht weiter an den Symptomen herumgepfuscht werden, hier muss endlich eine klare Diagnose her, damit auch in diesem Bereich Zukunft gestaltet werden kann.

Meine Damen und Herren,

diese Verwaltung gehört an die ganz kurze Leine. Es hindert uns nichts daran diesen Haushalt erst dann zu verabschieden, wenn die Lage des Krankenhauses geklärt ist. Deshalb werden wir heute, und ich betone heute, diesen Haushalt ablehnen. Planungen für die Schulen, das Jugendcafe und andere anstehenden Projekte können ohne weiteres vorangetrieben werden. Dafür bietet die Gemeindeordnung ausreichend Möglichkeiten.

„Wer zu spät kommt, den bestraft das Leben“, zieht sich wie ein roter Faden durch die Eitorfer Kommunalpolitik. Geheimhalten, vertuschen, aussitzen ist die gängige Methode wie hier mit Problemen ungegangen wird. Erst wenn massiver Druck ausgeübt wird oder der Skandal schon in der Presse nachzulesen ist, bequemt man sich zu handeln. Erst wenn die Jugendlichen bereits verwahrlost sind, sieht man ein, dass es so nicht weitergeht. Wir als Grüne sind stolz darauf, dass es auch Dank unserer Bemühungen gelungen ist die zweite Stelle in der Jugendarbeit wieder zu besetzen, dass nunmehr das Jugendcafe ausgebaut wird und auch noch eine dritte Stelle in Aussicht steht. Ohne unsere beharrlichen Bemühungen hätte sich da nichts gerührt. Zur Erweiterung des Jugendcafes beantragen wir, dieses auf der Basis des sog. „Nolden-Entwurfs“ weiter zu verfolgen. Es ist der Einzige der vorliegenden Entwürfe, der in einem wirtschaftlichen Kosten/Nutzen

Verhältnis zukunftsorientierte Jugendarbeit mit differenzierten Angeboten gewährleistet. Wir brauchen kein weiteres Provisorium, hier ist eine vernünftige Lösung angesagt.

Aber auch die alten Menschen sollten wir nicht vergessen. Der demographische Wandel ist Thema. Kreisweit. In Eitorf wird Seniorenarbeit nicht nur unentgeltlich sondern auch ohne Budget geleistet, Auslagen bestreiten die vom Rat gewählten Ehrenamtler nach unserer Kenntnis aus eigener Tasche. Wir beantragen, dass sich der Fachausschuss unter Einbeziehung der Seniorenbeauftragten mit dem Thema beschäftigt.

Erfreulich ist, dass der Bürgermeister bereits auf den Klimawandel reagiert hat. Ansiedlung von Weißstörchen im Siegtal. In einer Gegend in der sie nie heimisch waren. Bekanntlich brauchen die Kontinentalklima. Wir sind gespannt was da noch kommt. Waldelefanten am Hüppelröttchen? Das Fleisch verkaufen wir nach Afrika wo ja aufgrund der Dürre die Elefanten dann ausgestorben sind. Piranhas im Herrmann-Weber-Bad (die sollen übrigens sehr wohlschmeckend sein) und dann Freikarten für alle Grünen? Eine Krokodilfarm im Schmelztal, da gibt es ja schon Teiche. Fütterung jeweils montags 18.00 Uhr. Hervorragend geeignet um weiter Personal abzubauen.

Scherz beiseite, das Thema ist zu ernst. Was da auf uns zurollt wird schlimmer als Krieg, so die Aussage der Vereinten Nationen. Wir haben noch 13 Jahre Zeit um wenigstens die allerschlimmsten Folgen des Klimagaus abzuwenden. Politisch gesehen haben wir als GRÜNE einen Vorteil. Wir brauchen lediglich unsere alten Plakate und Programme auszupacken. Aus einer Zeit als noch niemand etwas davon hören wollte, dass wir dabei sind diesen Planeten zu ruinieren und damit die Grundlage unserer Existenz zu vernichten. Das beweist aber auch, wir sind politisch weder rechts noch links sondern vorn. Wir brauchen in Eitorf Biogasanlagen, Holzschnitzelkraftwerke, Erdwärmenutzung, Solaranlagen und Nutzung der Windenergie. Energieoptimierung und -einsparmaßnahmen in unserer Gemeinde sind für das Überleben notwendig. Das ist auch der Markt der Zukunft. Das schafft neue Arbeitsplätze! Global denken, lokal handeln ist nunmehr angesagt. Es gibt bereits Vorschläge in diese Richtung. Erzeugung alternativer Energien statt Fachmarktzentrum auf dem Himmeröder-Gelände. Es liegt auf dem Tisch. Wir brauchen nur zugreifen.

Das ist die Zukunft. Und da liegt unsere Chance. Wir brauchen ein Klimaschutzkonzept für Eitorf, das wir hiermit beantragen. Hier ergeben sich für den Umweltausschuss neue, bisher nicht wahrgenommene Betätigungsfelder.

Es wird aber auch allerhöchste Zeit, dass sich in Eitorf etwas ändert. Offenheit und Transparenz sind das Fundament demokratischer Gemeinwesen. Für diejenigen, die es noch nicht bemerkt haben, wir leben in einer Informationsgesellschaft. Die Menschen erwarten Antworten und Lösungen. Minderheitenrechte –und dazu gehört auch das Recht der Opposition auf Information- dürfen nicht länger mit Füßen getreten werden. Erst wenn dieser Rat begreift, dass er gegenüber der Bevölkerung Rechenschaft abzulegen hat, wird sich hier etwas ändern. Wer Zukunft gestalten will, muss die Gegenwart begreifen. Die Flammenschrift an der Wand verstehen. Davon sind wir hier zurzeit aber noch weit entfernt.

Vielen Dank

Heinz Dehnert